



Niederschrift

**zur 2. Sitzung des Jugendhilfeausschusses
der Stadt Lippstadt am 20.01.2010
(bis Top 2 in gemeinsamer Sitzung mit dem Ausländerbeirat
der Stadt Lippstadt)**

Sitzungsraum: Rathausaal, Lange Straße 14, 59555 Lippstadt
Beginn: 18:00
Ende: 20:20

Anwesend waren:

Vorsitzender

Herr Wilhelm Glarmin

Vorsitzender

stellv. Vorsitzende

Frau Gabriele Oelze-Krähling

stellv. Vorsitzende

CDU-Fraktion

Frau Helga de Horn

ordentliches Mitglied

Herr Josef Franz

ordentliches Mitglied

Frau Mechtild Niggemeier

ordentliches Mitglied

SPD-Fraktion

Herr Hans Zarembo

ordentliches Mitglied

FDP-Fraktion

Frau Jutta Kaulfuß

stellv. Mitglied

BG-Fraktion

Frau Andrea Heymann

ordentliches Mitglied

Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Herr Heinz Gesterkamp

ordentliches Mitglied

Fraktion Christdemokraten Lippstadt

Herr Axel Bohnhorst

ordentliches Mitglied

Fraktion DIE LINKE

Frau Doris Agnes Hemesath

ordentliches Mitglied mit
beratender Stimme

Fraktionslose

Frau Beatrix Geisen	ordentliches Mitglied
Frau Dorothee Großekathöfer	ordentliches Mitglied
Frau Eva Brinkmann	ordentliches Mitglied mit beratender Stimme
Frau Heike Klapper	ordentliches Mitglied mit beratender Stimme
Herr Gerhardus Koers	ordentliches Mitglied mit beratender Stimme
Frau Dr. Françoise Kubinski	ordentliches Mitglied mit beratender Stimme
Herr Christian Laws	ordentliches Mitglied mit beratender Stimme
Frau Ute Stockhausen	stellv. Mitglied mit beratender Stimme
Frau Sandra Nolte	stellv. Mitglied
Frau Gabriele Urlaub	stellv. Mitglied
Herr Reinhard Venjakob	stellv. Mitglied
Frau Katja Müller	stellv. Mitglied mit beratender Stimme
Herr Wolfgang Zollitsch	stellv. Mitglied mit beratender Stimme
Herr Miodrag Jerkovic	ordentliches Mitglied mit beratender Stimme

Verwaltung

Herr Christof Sommer	Bürgermeister
Herr Wolfgang Roßbach	FB Jugend und Soziales
Frau Helga Rolf	FD Soziale Dienste
Herr Klaus Rennkamp	FD Allgemeine Jugendhilfe
Herr Werner Kalthoff	FD Sonstige Soziale Leistungen
Herr Manfred Strieth	FD Interne Steuerung
Herr Frank Osinski	FD Allgemeine Jugendhilfe
Herr Joachim Elliger	FB Recht und Ordnung
Herr Walter Bertelsmeier	FD Einwohner- und Ausländerwesen
Frau Birgit Schäpermeier	FD Recht
Frau Doris Kleinemaß	Mobile Beratung für Familien mit Kleinkindern
Frau Birgit Blumenröhr	Mobile Beratung für Familien mit Kleinkindern
Frau Verena Gimm-Burnic	Mobile Beratung für Familien mit Kleinkindern

Gast

Frau Patrizia Jessen	İbİs-Institut - Institut für interdisziplinäre Beratung und interkulturelle Seminare
----------------------	--

In öffentlicher Sitzung

Der Ausschussvorsitzende, Herr Glarmin, eröffnete die gemeinsame Sitzung des Jugendhilfeausschusses und des Ausländerbeirates und begrüßte die Mitglieder der beiden Gremien, Herrn Bürgermeister Sommer, Frau Jessen vom İbis-Institut - Institut für interdisziplinäre Beratung und interkulturelle Seminare -, die Zuhörerinnen und Zuhörer sowie die Vertreter der Presse.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wurden die stellvertretenden stimmberechtigten Ausschussmitglieder Frau Monika Ahlke, Frau Sandra Nolte und Frau Gaby Urlaub sowie das stellvertretende beratende Ausschussmitglied Frau Katja Müller vom Vorsitzenden entsprechend den Vorgaben der Gemeindeordnung NRW verpflichtet.

1. Fragestunde für Einwohner

Es wurden keine Fragen gestellt.

2. Integration von Menschen mit Migrationshintergrund bzw. Zuwanderungsgeschichte in Lippstadt hier: Integrationspolitisches Leitbild und Integrationskonzept für Lippstadt 152/2009

Nach Bekanntgabe der Vorlage durch den Vorsitzenden berichtete der Leiter des Fachbereichs Recht und Ordnung, Herr Elliger, dass das İbis-Institut - Institut für interdisziplinäre Beratung und interkulturelle Seminare - in den letzten fünf Monaten unter Beteiligung einer Projektgruppe das nunmehr vorliegende Integrationskonzept erarbeitet habe. Hierfür sprach er allen Beteiligten seinen besonderen Dank aus.

Darüber hinaus wies Herr Elliger besonders darauf hin, dass für die Entwicklung des Integrationskonzeptes und des integrationspolitischen Leitbildes vom Land ein Förderbetrag in Höhe von 25.000,00 € zur Verfügung gestellt worden ist.

Im Anschluss daran gab Frau Jessen vom İbis-Institut - Institut für interdisziplinäre Beratung und interkulturelle Seminare - im Rahmen der als Anlage 1 beigefügten PowerPoint-Präsentation einen detaillierten Überblick über das integrationspolitische Leitbild/Integrationskonzept und die in diesem Zusammenhang entwickelten Handlungsempfehlungen mit den daraus resultierenden Maßnahmen. Frau Jessen wies abschließend darauf hin, dass es sich bei den dargestellten Maßnahmen um Ideen handele, die nicht alle sofort umsetzbar seien und ggf. sich ändernden Gegebenheiten angepasst werden müssten.

Im Anschluss an den Vortrag führte Herr Elliger aus, dass es nunmehr gelte, gemeinsam mit allen Akteuren die Handlungsempfehlungen des stimmigen Konzeptes zu konkretisieren und eine zeitliche Reihenfolge der Umsetzung festzulegen. In diesem Zusammenhang werde selbstverständlich auch die Möglichkeit finanzieller Förderungen zu prüfen sein. Hierzu werde in einer der nächsten Sitzungen des Jugendhilfeausschusses entsprechend berichtet. Ein Zeitraum für die Umsetzung der Maßnahmen könne zum jetzigen Zeitpunkt allerdings noch nicht abschließend festgelegt werden.

In der sich anschließenden Diskussion, an der sich die Herren Gesterkamp, Zaremba und Frau Geisen beteiligten, wurden durch Frau Jessen und verwaltungsseitig weitere Fragen zur Einbindung von Flüchtlingen in das Integrationskonzept, zu frauenspezifischen Problemen, zur zeitlichen Umsetzung des Integrationskonzeptes und zur organisatorischen Verortung der Aufgabenwahrnehmung beantwortet.

Herr Franz begrüßte für die CDU-Fraktion das vorgelegte Integrationskonzept ausdrücklich und betonte die Bedeutung, für dieses Thema Sensibilität zu erzeugen.

Darüber hinaus beantragte Herr Zaremba den Beschlussvorschlag verbindlicher zu formulieren. Daraufhin beschloss der Jugendhilfeausschuss auf Vorschlag von Herrn Bürgermeister Sommer, dem Haupt- und Finanzausschuss und dem Rat unter Abänderung des Beschlussvorschlages in Ziffer 2 zu empfehlen:

1. **Das der Vorlage beigefügte integrationspolitische Leitbild der Stadt Lippstadt, welches als Teil des Integrationskonzeptes dargestellt ist, wird beschlossen.**
2. **Im Übrigen wird das Integrationskonzept für Lippstadt als Grundlage für die weitere Integrationsarbeit beschlossen.**
3. **Die Verwaltung wird beauftragt, die Umsetzung des Integrationskonzeptes mit den jeweils Beteiligten zu erörtern.**
4. **Die Verwaltung wird beauftragt, über die Umsetzung einzelner Maßnahmen regelmäßig zu berichten bzw. hierzu erforderliche Entscheidungen dem Jugendhilfeausschuss zur Beschlussfassung vorzulegen.**

(Einstimmig zugestimmt bei einer Enthaltung)

3. Neufassung der Satzung für das Jugendamt der Stadt Lippstadt 163/2009

Nach Bekanntgabe der Vorlage führte Herr Roßbach ergänzend aus, dass es sich bei der Neufassung der Satzung für das Jugendamt der Stadt Lippstadt zum einen um formelle Änderungen aufgrund gesetzlicher Neuregelungen sowie zum anderen um die Anpassung aufgrund mehrerer Beschlussfassungen durch den Rat der Stadt Lippstadt, wie beispielsweise die Benennung von weiteren beratenden Mitgliedern im Jugendhilfeausschuss, handelt.

Anschließend beschloss der Ausschuss ohne weitere Aussprache, dem Haupt- und Finanzausschuss und dem Rat zu empfehlen:

"Auf der Grundlage der §§ 69 ff. Sozialgesetzbuch (SGB) – 8. Buch (VIII) wird die als Anlage 1 beigefügte Satzung für das Jugendamt der Stadt Lippstadt neu beschlossen."

(Einstimmig zugestimmt)

4. Anpassung der "Richtlinien über die Gewährung wirtschaftlicher Hilfen zur Erziehung" nach dem Sozialgesetzbuch 8. Teil (SGB VIII).
160/2009

Nach Aufruf des Tagesordnungspunktes durch den Ausschussvorsitzenden wurde verwaltungsseitig ergänzend mitgeteilt, dass die finanziellen Mittel für die jährlichen Ausgaben nach den Richtlinien über die Gewährung wirtschaftlicher Hilfen zur Erziehung im Haushalt der Stadt Lippstadt zur Verfügung stehen.

Auf Nachfrage von Herrn Gesterkamp erläuterte Herr Roßbach das Prüfungsverfahren bei Kürzungen des Pflegegeldes in wenigen Einzelfällen aufgrund einer guten Einkommenssituation der Großeltern.

Danach beschloss der Ausschuss:

"Der als Anlage beigefügten Neufassung der Richtlinien über die Gewährung wirtschaftlicher Hilfen zur Erziehung (Tagesgruppe, Vollzeitpflege, Heimerziehung) nach dem Sozialgesetzbuch 8. Teil „Kinder- und Jugendhilfe“ ab dem 01.12.2009 wird zugestimmt."

(Einstimmig zugestimmt)

5. Bericht über die Arbeit der Mobilen Beratungsstelle für Familien mit Säuglingen und Kleinkindern der Stadt Lippstadt
162/2009

Nach Bekanntgabe des Tagesordnungspunktes begrüßte Herr Glarmin die Mitarbeiterinnen der im Fachdienst Soziale Dienste angesiedelten Mobilen Beratungsstelle für Familien mit Kleinkindern, Frau Birgit Blumenröhr, Frau Verena Gimm-Burnic und Frau Doris Kleinemaß.

Die Mitarbeiterinnen stellten sich persönlich vor und berichteten über ihre Aktivitäten. Sie informierten den Jugendhilfeausschuss, dass sie seit Einrichtung der Beratungsstelle insgesamt 995 Familien mit Neugeborenen (im Jahr 2009 646 Familien) besucht hätten. Damit seien ca. 95 % der angeschriebenen Familien erreicht worden.

Des Weiteren gaben sie einen Überblick über die Vernetzung der Mobilen Beratungsstelle mit anderen Institutionen und stellten anhand verschiedener Beispiele den Ablauf der Hausbesuche vor. Darüber hinaus wiesen sie auf den hohen Anteil der Familien mit Migrationshintergrund hin.

Im Anschluss daran bedankte sich der Ausschussvorsitzende, Herr Glarmin, bei den Mitarbeiterinnen der Mobilen Beratungsstelle für ihren engagierten Bericht und wies noch einmal auf die Tatsache hin, dass die Dr. Arnold Hueck-Stiftung für die Bruttopersonalkosten der Beratungsstelle eine jährliche Förderung von 75 % für einen Zeitraum von 5 Jahren zugesagt hat.

Verwaltungsseitig wurde festgestellt, dass der Rat der Stadt Lippstadt das Projekt zunächst auf die Dauer von 5 Jahren festgelegt hat, doch bereits jetzt schon vorstellbar sei, dass hieraus eine Daueraufgabe entstehen wird. Durch die Einrichtung der Mobilen Beratungsstelle für Familien mit Kleinkindern sei im Übrigen eine Versorgungslücke im Bereich der Betreuungsangebote geschlossen worden.

Frau Geisen teilte mit, dass im Rahmen der Arbeit des Jugendmigrationsdienstes der Arbeiterwohlfahrt die Arbeit der Mobilen Beratungsstelle von betroffenen Müttern immer wieder positiv bewertet werde. Herr Gesterkamp bezeichnete die engagierte Arbeit als ausgesprochen erfolgreich. Dieser Bewertung schloss sich Frau Oelze-Krähling an. Im weiteren Verlauf der Diskussion berichteten die Mitarbeiterinnen über die Zusammenarbeit mit dem Kommunalen Sozialdienst sowie über die Handlungsweise bei der Nichtinanspruchnahme ihres Beratungsangebotes.

Ansonsten stieß die Arbeit der Mobilen Beratungsstelle für Familien mit Säuglingen und Kleinkindern im Jugendhilfeausschuss auf durchweg positive Resonanz.

6. Teilnahme der Stadt Lippstadt am Pilotprojekt des Landes Nordrhein-Westfalen zur Erlangung des Zertifikats "Audit - Familiengerechte Kommune NRW"
hier: Zielvereinbarung über Maßnahmen für die Stadt Lippstadt der Jahre 2010 - 2012
164/2009

Nach Aufruf des Tagesordnungspunktes teilte Herr Roßbach dem Jugendhilfeausschuss mit, dass die in zwei Veranstaltungen erarbeiteten Zielvereinbarungen einschließlich der Maßnahmen dem Land nach der Beschlussfassung durch den Rat zur Zertifizierung vorgelegt werden. Er wies ferner darauf hin, dass hier ein weiterer Schritt auf dem Weg zu einer "Familiengerechten Kommune" gegangen werde und die geplanten Maßnahmen auch trotz der schwierigen Haushaltslage in den kommenden drei Jahren umgesetzt werden sollten. Ansonsten sei nach Ablauf dieses Zeitraumes eine erneute Prüfung und Bewertung durch die Projektträger vorgesehen mit dem Ziel der Entscheidung über eine erneute Zertifizierung.

Im Anschluss daran gaben Herr Kalthoff und Herr Osinski anhand der als Anlage 2 beigefügten PowerPoint-Präsentation einen beispielhaften Überblick über die entwickelten Maßnahmen zur Erlangung des Zertifikats "Familiengerechte Kommune" in NRW.

Die Ausschussmitglieder Gesterkamp und Zaremba äußerten sich positiv über die Vielzahl der geplanten, familienpolitischen Maßnahmen und stellten das breite Spektrum sozialer Leistungen und Angebote in Lippstadt heraus.

Herr Sommer betonte den positiven Aspekt, den eine Bewertung der Stadt Lippstadt von außen mit sich bringt.

Nachdem der Ausschussvorsitzende allen an diesem Projekt Beteiligten seinen Dank ausgesprochen hatte, beschloss der Jugendhilfeausschuss dem Haupt- und Finanzausschuss und dem Rat zu empfehlen:

- "1. Die Stadt Lippstadt beteiligt sich mit dem als Anlage 1 beigefügten Maßnahmenkatalog ‚Zielvereinbarung‘ am Pilotprojekt des Landes Nordrhein-Westfalen ‚Familiengerechte Kommune‘ mit dem Ziel, **das Zertifikat ‚Familiengerechte Kommune NRW‘ zu erlangen.**
Die in der Zielvereinbarung vorgeschlagenen Maßnahmen werden innerhalb des Projektzeitraumes 2010 – 2012 umgesetzt.
2. Die Verwaltung wird gebeten, die einzelnen Maßnahmen - soweit erforderlich – den Fachausschüssen bzw. dem Rat jeweils zeitnah zur abschließenden Entscheidung vorzulegen, u. a. auch wegen der damit verbundenen Finanzierungsfragen.
3. Die Umsetzung und die Finanzierung erfolgt grundsätzlich unter den Vorgaben und Rahmenbedingungen des Haushaltssicherungskonzeptes, dem die Stadt Lippstadt ab dem Jahr 2010 unterliegt."

(Einstimmig zugestimmt)

Ende des öffentlichen Teils um 20:10 Uhr.

gez. Wilhelm Glarmin
Vorsitzende/r

gez.
Schriftführer/in